

Dagmar Schiek
Heike Dieball
Inge Horstkötter
Lore Seidel
Ulrike M. Vieten
Sibylle Wankel

Frauengleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder

Kommentar für die Praxis
zum Bundesgleichstellungsgesetz und
den Gleichstellungsgesetzen, Gleichberechtigungsgesetzen und Frauenfördergesetzen der Länder

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt

B61 005

Bund-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Verzeichnis der Bearbeiterinnen	14
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis	29
Einleitung	49

A. Systematische Darstellung

I. Allgemeine Bestimmungen	59
1. Ziele der Gesetze, Diskriminierungsverbote	59
a) Überblick	59
b) Verschiedene Konzeptionen rechtlicher Gleichheit von Männern und Frauen	61
<i>Paradoxon der Gleichheit</i>	61
<i>Philosophische Wurzeln verschiedener Gleichheitsideale</i>	62
<i>Formale und materielle bzw. substanzielle Gleichheit</i>	63
c) Verfassungsrechtlicher Rahmen	67
d) Völkerrechtlicher Hintergrund	71
e) EG-rechtliche Grundlagen	73
f) Rechtliche Instrumente zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags	76
<i>Diskriminierungsverbot</i>	77
<i>Positive Maßnahmen</i>	84
g) Gender Mainstreaming	85
<i>Begriff</i>	85
<i>Wurzeln</i>	85
<i>Strategie und Praxis</i>	86
<i>Ausblick</i>	87
2. Sachlicher und räumlicher Geltungsbereich	88
a) Allgemeines	88
b) Grundbegriffe: unmittelbare und mittelbare Landes- bzw. Bundesverwaltung, Kommunalverwaltung	90
c) Beschränkungen des sachlichen Geltungsbereichs gegenüber dem sonstigen öffentlichen Dienstrecht	92
<i>Kommunen</i>	93
<i>Öffentlich-rechtlicher Rundfunk</i>	94
<i>Hochschulen, Kultureinrichtungen</i>	97
<i>Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft und der freien Berufe</i>	99
<i>Im Wettbewerb stehende öffentlich-rechtliche Unternehmen</i>	100

	d) Frauengleichstellungsgesetze und Privatisierung	101
	e) Aufbau der Verwaltung in Bund und Ländern	103
3.	Persönlicher Geltungsbereich – Begriff »Beschäftigte«	106
	a) Grundsätzliches	106
	b) Abgrenzungsprobleme	108
	c) Beschäftigte in der Ausbildung	110
4.	Begriffsdefinitionen	111
	a) Bereich	112
	b) Unterrepräsentanz	115
	c) Dienststelle	117
	d) Personalstellen	119
II.	Personalwirtschaftliche Vorschriften der	
	Frauengleichstellungsgesetze	120
1.	Überblick	120
2.	Frauenförderpläne	126
	a) Grundelemente von Frauenförderplänen	126
	b) Akzeptanz des Planungsinstruments »Frauenförderplan«: ein Vergleich anhand ausgewählter Umsetzungsberichte	131
	c) Konzeptionelle Ausrichtung der Frauenförderpläne und Verwaltungsmodernisierung: analoger Paradigmenwechsel	133
3.	Fortbildung und Gleichstellung	138
4.	Ausschreibung	141
	a) Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Länderregelungen	141
	b) Beamtenrechtliche Einwirkungen	142
	c) Problem »Zweitausschreibung«	143
5.	Auswahlverfahren bzw. Vorstellungsgespräch	144
	a) Allgemeines	144
	b) Proportionale Repräsentanz von Frauen	144
	c) Fragen nach Schwangerschaft, Kinderbetreuung oder weiteren familiären Pflegepflichten	145
	d) Verfahrensmäßige Anforderungen	147
6.	Ausschluss von diskriminierenden Auswahlkriterien	147
	a) Effektuierung von Gleichheitsgarantien durch das öffentliche Dienstrecht	148
	b) Hergebrachte Grundsätze des Beamtenrechts und mittelbare Diskriminierung	149
	c) Beamtenrechtliche Auswahlgrundsätze: Leistungsprinzip und Ausnahmen	153
	d) Anwendung des Leistungsprinzips im Arbeitnehmerbereich	159
	e) Diskriminierungsrechtliche Kritik an Auswahlprinzipien im öffentlichen Dienst	160
	f) Regelungen der Gleichstellungsgesetze zu geschlechtergerechten Auswahlgrundsätzen	165
7.	Bevorzugungsregelungen und so genannte Frauenquote	168
	a) Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Bevorzugungsregelungen	168
	b) Entstehungsgeschichte der Quotierung und Verhältnis zur Modernisierung des Dienstrechts	173
	c) Verfassungs- und EG-rechtliche Zulässigkeit von »Quoten«	176
	<i>Überblick</i>	176

	<i>Grundgesetzliches Gleichberechtigungsgebot</i>	178
	<i>EG-rechtliches Diskriminierungsverbot – Rechtsprechung des EuGH von Kalanke bis Abrahamsson</i>	184
d)	Qualifikationsabhängige Entscheidungsquote und Art. 33 Abs. 2, 31 GG (§ 7 BRRG); Bedeutung des § 611a BGB.	192
e)	Anwendungsprobleme der qualifikationsabhängigen Entscheidungsquote	193
	<i>Soziale Einschränkung und traditionelle Hilfskriterien</i>	193
	<i>Frauenquote und Benachteiligung aus anderen Gründen</i>	195
f)	Verfassungs- und EG-rechtliche Zulässigkeit der qualifikationsunabhängigen Reservierungsquote bei Ausbildungsplätzen	197
8.	Rechtsschutz gegen diskriminierende Personalauswahlentscheidungen und gerichtliche Durchsetzung der Quotierung ..	201
III.	Arbeitsbedingungen, die aktive Elternschaft unterstützen sollen ..	206
1.	Teilzeitarbeit	206
a)	Gesellschaftspolitische Vorbemerkungen	206
b)	Erläuternde Begriffsdefinition	208
c)	Gleichbehandlungsgrundsatz/Benachteiligungsverbot	209
d)	Verbot der mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	210
2.	Teilzeitarbeit für Tarifbeschäftigte	212
a)	Regelungen für Tarifbeschäftigte zur nachträglichen Veränderung der Arbeitszeit.	213
b)	Familienpolitische Teilzeit	215
c)	Verringerung der Arbeitszeit aus anderen Gründen.	216
d)	Verlängerung der Arbeitszeit	217
e)	Informationspflichten	218
f)	Sonstige Regelungen für Teilzeitkräfte nach dem TzBfG	219
g)	Sabbatical/Blockmodelle	220
h)	Teilzeit in der Elternzeit	221
i)	Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	222
3.	Beamtenrechtliche Gewährleistungen von Teilzeitarbeit und Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen	223
a)	Klarstellung	223
b)	Vorbemerkungen	223
c)	Bundesbeamtengesetz/Bundesrechtsrahmengesetz – Grundsätzliches	224
d)	Rückblick bis 1969: Verfassungsrechtliche Bedenken und rechtliche Möglichkeiten bei beamtenrechtlicher Reduzierung der Arbeitszeit sowie bei der Beurlaubung	225
e)	Neuregelungen durch das Reformgesetz von 1997 und das Bundesgleichstellungsgesetz von 2001	228
f)	Zwangsteilzeit für Beamtinnen und Beamte.	229
g)	Teilzeit und Beurlaubungsregelungen aus familienpolitischen Gründen nach dem BBG.	229
4.	Teilzeitarbeit und Rechte und Pflichten der Personalvertretung ..	241
5.	Regelungen für Richter/Richterinnen	243
6.	Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen	244
7.	Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen im Beamtenverhältnis	244

8.	Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen bei Tarifbeschäftigten	245
9.	Mutterschutz und Erziehungszeit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst	248
	a) Regelungen zum Mutterschutz	248
	b) Regelungen zur Elternzeit	248
10.	Sonderurlaubsregelungen rund ums Kind	250
	a) Kinderkrankentage für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte	250
	b) Sonderurlaub für werdende Väter	252
11.	Familiengerechte Arbeitszeit	252
	a) Gleitende Arbeitszeit	254
	b) Zeitkonten-System	254
	c) Zeitliche Verlagerung von Arbeitszeit	254
	d) Variable Jahresarbeitszeit	254
	e) Sonstiges	255
IV.	Berichtspflichten	257
1.	Berichtspflicht als demokratisches Kontrollinstrument	257
2.	Inhaltlicher Zweck und Datengewinnung	257
3.	Bundesländer-Ranking	258
	a) Turnusmäßiger Berichtszeitraum	258
	b) Repräsentanz von Frauen in den mittleren und leitenden Positionen	260
	<i>Dokumentationsproblem: Vergleichbare Erfassung von Bereichen?</i>	260
	<i>Frauenanteil im höheren Dienst der Länder</i>	261
	<i>Frauenanteil im gehobenen Dienst der Länder</i>	261
4.	Essenz: Positive Effekte	262
V.	Frauenbeauftragte	263
1.	Einführung	263
	a) Begriffsklärung	263
	b) Entwicklung der Institution	265
	c) Grundsätze zu Modellen, Aufgaben, Kompetenzen und Beanstandungsrechten	266
	d) Streitigkeiten	268
2.	Verfahren zur Bestimmung von Frauenbeauftragten (Bestellung oder Wahl), Amtszeit, Bestimmung der Vertretung, Abberufung ..	269
	a) Verfahrensunterschiede – Bestellung oder Wahl	269
	b) Person der Frauenbeauftragten	270
	c) Grundsätze zu Amtszeit, Vertretung, Abberufung	273
	d) Streitigkeiten	274
3.	Rechts- und Dienststellung der Frauenbeauftragten	277
	a) Grundsätzliche Unterschiede der Modelle	277
	b) Sonderstellung	279
	c) Fachliche Weisungsfreiheit	280
	d) Freistellung	281
	e) Ausstattung	284
	f) Verschwiegenheitspflicht	286
	g) Benachteiligungsverbot	287

	h) Besonderheiten der Vergütung	288
	i) Arbeits- und dienstrechtliche Schutzvorschriften	290
4.	Aufgaben der Frauenbeauftragten	293
	a) Überwachung von Vollzug und Durchführung der Gesetze	293
	b) Beteiligung an Maßnahmen mit »Frauenbezug«	295
	c) Mitwirkung an Frauenförder-/Gleichstellungsplänen	296
	d) Personelle Maßnahmen	298
	e) Soziale, organisatorische Maßnahmen sowie sonstige fachliche Angelegenheiten	300
	f) Beratung von weiblichen Beschäftigten	301
	g) Eigeninitiative/Vorschläge/Einbringen frauenrelevanter Anliegen	302
5.	Rechte und Kompetenzen der Frauenbeauftragten bzw. Gleichstellungsbeauftragten	303
	a) Unterrichtung, Auskunft und Anhörung	303
	b) Einsichtsrecht in Unterlagen und Akten	306
	c) Rechte bei Stellenausschreibungen	308
	d) Teilnahme an Besprechungen und Bewerbungsgesprächen	308
	e) Vortragsrecht und Recht auf Stellungnahme	308
	f) Durchführung von Sprechstunden und Versammlungen	309
	g) Auskunftserteilung, Kooperation und Öffentlichkeit	310
	h) Recht auf ungehinderte Amtsausübung	311
	i) Folgen der Nichtbeteiligung bzw. Rechtsverletzung	311
6.	Instrumente der Rechtsdurchsetzung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten bzw. Frauenvertreterinnen	313
	a) Beanstandungs-, Einspruchs- und Widerspruchsrechte, gerichtliches Verfahren	313
	1. Modell: Beanstandungs- und Widerspruchsrechte ohne zwingenden Charakter	313
	2. Modell: Beanstandungs- und Widerspruchsrechte mit erzwingbarer aufschiebender Wirkung	313
	3. Modell: Aufschiebende Wirkung und Einschaltung einer höheren Dienststelle	314
	b) Mitteilungs- bzw. Unterrichtungspflichten im Beanstandungsverfahren	315
	c) Streitigkeiten	316
	d) Klage- bzw. Antragsbefugnis und Rechtsschutzinteresse bei Verletzung eigener Rechte	317
	e) Rechtsweg und Klageart	319
	f) Gerichtliche Durchsetzung des materiellen Gehalts gleichstellungsrelevanter Normen	320
7.	Dienststellenübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung	321
8.	Verhältnis der Frauenbeauftragten zum Personalrat	323
9.	Verhältnis der Frauenbeauftragten zu den kommunalen Frauenbeauftragten	326
VI.	Gleichstellungsbezogene Regelungen im Bundespersonal- vertretungsgesetz (BPersVG) und den Personalvertretungsgesetzen der Länder	330
1.	Kollektivrechtliches Benachteiligungsverbot	330
2.	Gesetzlicher Auftrag der Förderung der Geschlechtergleichstellung	331

Inhaltsverzeichnis

3.	Zustimmungsverweigerungsrecht des Personalrats	331
4.	Initiativrecht und Geschlechtergleichstellung	334
5.	Dienstvereinbarungen zur Geschlechtergleichstellung	337
6.	Mitbestimmungsrechte bei Teilzeitarbeit und Beurlaubung aus familiären Gründen sowie bei sexueller Gewalt.	338
7.	Repräsentanz von Frauen in den Gremien der Personalvertretung	339
8.	Themen der Personalversammlung und der so genannten Monats- oder Vierteljahresgespräche, Jahresberichte	342
9.	Sitzungen und Beschlüsse	343
VII.	Öffentliche Auftragsvergabe und staatliche Leistungsgewährung	344
1.	Zweck und Bedeutung	344
	a) Auftragsvergabe	344
	b) Leistungsgewährung	345
2.	Übersicht über die gesetzlichen Vorschriften der Länder	346
3.	Rechtliche Zulässigkeit	347
	a) Auftragsvergabe	347
	b) Leistungsgewährung	352
4.	Rechtsschutz	353
	a) Auftragsvergabe	353
	b) Leistungsgewährung	355
B.	Kommentierung der Frauengleichstellungsgesetze	
I.	Bund:	
	Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz – BGleGG)	357
II.	Land Baden-Württemberg:	
	Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen und der Vereinbarung von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg (FG BaWü)	434
III.	Land Bayern:	
	Bayerisches Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (Bayerisches Gleichstellungsgesetz – BayGG)	482
IV.	Land Berlin:	
	Landesgleichstellungsgesetz Berlin (BerLGG)	527
V.	Land Brandenburg:	
	Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg (Landesgleichstellungs- gesetz Brandenburg – BraLGG)	600
VI.	Land Bremen:	
	Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Bremen (Landesgleichstellungsgesetz Bremen – BremLGG)	663

VII. Land Hamburg:	
Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im hamburgischen öffentlichen Dienst (Gleichstellungsgesetz – HambGleichstG)	703
VIII. Land Hessen:	
Hessisches Gesetz über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungs- gesetz – HGIG)	725
IX. Land Mecklenburg-Vorpommern:	
Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Gleichstellungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – GIG M-V)	791
X. Land Niedersachsen:	
Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz (NGG)	838
XI. Land Nordrhein-Westfalen:	
Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG NRW) . .	887
XII. Land Rheinland-Pfalz:	
Landesgleichstellungsgesetz Rheinland-Pfalz (LGG Rh-Pf)	932
XIII. Land Saarland:	
Landesgleichstellungsgesetz des Saarlandes (LGG Saar)	973
XIV. Land Sachsen:	
Gesetz zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen (Sächsisches Frauenförderungsgesetz – SächsFFG)	1020
XV. Land Sachsen-Anhalt:	
Gesetz zur beruflichen Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt (Frauenfördergesetz Land Sachsen-Anhalt – FrFG LSA)	1053
XVI. Land Schleswig-Holstein:	
Gesetz zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein (Gleichstellungsgesetz Schleswig- Holstein – GStG SLH)	1092
XVII. Land Thüringen:	
Thüringer Gleichstellungsgesetz (ThürGleichG)	1134
Stichwortverzeichnis	1177